



Änderungsantrag:

Missbrauchsfall in Münster unter die Lupe nehmen und Lehren daraus ziehen

SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Münster

Bahnhofstraße 9
48143 Münster
Tel. (0251) 45 314
Fax (0251) 511 750
www.spd-muenster.de

24.06.2020

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

Münster steht seit dem Bekanntwerden der Missbrauchsfälle am 06.06.2020 im bundesweiten Fokus. Wieder einmal ist in Nordrhein-Westfalen ein Missbrauchsfall an Kindern bekannt geworden. Jede einzelne Tat ist abscheulich, macht fassungslos und muss rigoros aufgeklärt werden.

Der Rat dankt den zuständigen Behörden, die diese schrecklichen Taten aufklären und dafür sorgen, dass eine umfassende Untersuchung dazu stattfindet. Zugleich stellt der Rat fest, dass die aktuellen Ereignisse auch zur Diskussion über mögliche Konsequenzen und weitere Maßnahmenkonzepte anhalten müssen.

Es müssen Wege gefunden werden, wie künftig das Jugendamt diese Missbrauchsfälle möglichst frühzeitig erkennen und die Kinder bestmöglich schützen kann. Schließlich erschüttert jeder einzelne Fall auch das Vertrauen von Bürgerinnen und Bürgern in die zuständigen Behörden. Hier dürfen wir nicht wegsehen und müssen uns auch als Stadt die Frage stellen, was wir besser machen können, um Kindesmissbrauch zu verhindern.

Die Verwaltung wird daher aufgefordert, ein Konzept zu entwickeln, wie potenziell von Missbrauch gefährdete Kinder besser geschützt und begleitet werden können. Eine solche Konzepterarbeitung erfolgt unter Hinzuziehung aller relevanten Einrichtungen in Münster, die im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe tätig sind. Und sie erfolgt zeitnah, um eine zügige Aufarbeitung des aktuellen Missbrauchsfalls in seinen Konsequenzen zu gewährleisten. Dabei sind insbesondere folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- die direkte Ansprache der Kinder bzw. die regelmäßige Kontaktaufnahme zu den Kindern, statt lediglich Kontakt zu den Eltern zu halten
- eine engmaschigere Betreuung von Familien mit Auffälligkeiten
- Aufklärung der Kinder und Jugendlichen über Ansprechpartner*innen und Hilfsangebote in den Schulen, Kitas, Jugendzentren, etc.
- Erweiterung des Angebots an Anlaufstellen für Kinder und Jugendliche
- Sensibilisierung und regelmäßige Weiterbildung von Fachkräften in Jugendamt, Schulen, Kitas, Gesundheitsamt, etc.
- Aufklärungskampagne über sexualisierte Gewalt für Kinder und Jugendliche in Schulen, Kitas, Jugendtreffs und weitere Institutionen/Einrichtungen
- Sensibilisierungskampagne für alle Bürgerinnen und Bürger

Die Verwaltung wird aufgefordert, ein solches Konzept kurzfristig bis zur nächsten Sitzung des Rates im August 2020 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Fraktion im Rat der Stadt Münster

Dr. Michael Jung
Doris Feldmann
Dr. Cornelia Jäger
Marianne Koch
Hedwig Liekefedt
Petra Seyfferth

Stephan Brinktrine
Philipp Hagemann
Mathias Kersting
Thomas Kollmann
Mustafa Schat
Ludger Steinmann
Maria Winkel

Michael Dauskardt
Marius Herwig
Michael Kleyboldt
Gaby Kubig-Steltig
Anne Schulze Wintzler
Beate Vilhjalmsson

